Und dann hat’s das Dorf zerlegt

90 Einwohner hat Irgersdorf – aber mehr als 500 Menschen wollen über einen Solarpark an den Hängen des Ortes abstimmen. Seit drei Jahren entzweit ein großer Streit das winzige Dorf. Wie Sachsens Kommunen sich in Konflikten aufreiben.

Von Denise Peikert, Leipziger Volkszeitung/Sächsische Zeitung , 24.01..2026

Als es Anfang März 2023 in Irgersdorf um einen Solarpark gehen soll, ist das ganze Dorf da, oder jedenfalls ein großer Teil der damals knapp 90 Einwohner: Rund 30 Stühle gibt es im Dorfgemeinschaftshaus. Viele, die in das Haus am Dorfteich gekommen sind, müssen stehen.

Johannes Kühnel ist der Mann, der die Idee hatte, an der sie sich hier gleich zerlegen werden: einen Solarpark auf den Wiesenhängen am Ort, teilweise auf Flächen, die ihm selbst gehören – dort, wo bislang sein Damwild in der Sonne grast.

Kühnel beginnt, will seine Idee erklären. Aber er kann nicht lange sprechen, bis er unterbrochen wird, so erinnern sich die, die dabei waren. Ein Metallbauer aus dem Ort wird laut, die Diskussion schnell hektisch und nach etwa einer Stunde abgebrochen.

Organisiert hatte die Veranstaltung der Dorfverein. Normalerweise bringt der die Leute zusammen, zum Weihnachtsbaumverbrennen und zum Teichfest. Nach diesem Abend gibt es mehrere Austritte.

Musste das so laufen?

Jedenfalls läuft es so oder so ähnlich auch an anderen Orten Sachsens – das legen die Ergebnisse einer Umfrage von Leipziger Volkszeitung und Sächsischer Zeitung nahe. Denn darin beschreiben Kommunalpolitikerinnen und -politiker etwas, das auf den ersten Blick wie ein Widerspruch aussieht: 42 Prozent von ihnen nehmen ein sinkendes Interesse der Bevölkerung an ihrer Arbeit wahr. Gleichzeitig berichten sie von mehr Streit, vor allem innerhalb des Rates und zwischen Verwaltung und Bevölkerung, und vor allem um: Windkraft, Industriegebiete, den Haushalt.

„Kompromissfindung ist nahezu unmöglich, jeder beharrt auf seiner Maximalforderung“, sagte ein Gemeinderat aus dem Osterzgebirge.

Das ist nicht nur ein Gefühl: Zuletzt ist die Zahl der Bürgerbegehren in Sachsen hochgeschnellt. Einige Jahre lag sie unter zehn, 2023 dann bei 16, im vergangenen Jahr waren es 19. Und in den ersten Wochen des noch frischen Jahres ist auch schon eins gestellt worden.

In Dommitzsch in Nordsachsen engagierten sich Bürger gegen Windräder, in Gornsdorf im Erzgebirge dafür, dass das historische Rathaus bleibt. Und in Irgersdorf, jenem Ortsteil der Stadt Wilthen in der Oberlausitz, wo das Dorfgemeinschaftshaus am Teich steht, wollen die Menschen über einen Solarpark abstimmen.

All das sammeln sie an der Universität Wuppertal in einer deutschlandweiten Datenbank für Bürgerbegehren. Der Politikwissenschaftler Detlef Sack forscht dort dazu. „Niemand verliert gerne“, sagt er. Wer keine Mehrheit für sein Bürgerbegehren gewinne, jammere hinterher manchmal immer noch. „Es ist aber trotzdem so, dass Entscheidungen dann besser akzeptiert werden.“

Aber was ist, wenn es keine Entscheidung gibt?

Der Irgersdorfer Johannes Kühnel, sagt, dass ihn die Sache heute emotional nicht mehr so berühre. Aber man hört ihm an: Das stimmt nicht so ganz. „Manche Leute haben nie gelernt, eine vernünftige, erwachsene Kommunikation zu treiben“, sagt er etwa. Kühnel hatte den Solarpark in Irgersdorf vor mehr als drei Jahren der Stadt Wilthen vorgeschlagen: 16 Hektar, Kühnel stellt Teile der Fläche, Betreiber und Investor des Parks sollte eine Firma aus München sein. Kühnel war damals noch für die Freien Wähler im Stadtrat, sah das Projekt auch als eine Art Testballon. Denn große Teile von Wilthen sind Landschaftsschutzgebiet, die Stadt muss die Vorgaben zur Energiewende aber trotzdem erfüllen, „ein kommunalpolitisches Problem“, sagt Kühnel. Aber klar: Er hätte als Flächeneigentümer auch selbst vom Solarpark profitiert.

Der Stadtrat in Wilthen stimmt im Januar 2023 für Kühnels Vorschlag. Genauer: Das Gremium will die Solarpark-Pläne verfolgen, votiert für einen sogenannten Aufstellungsbeschluss. Kommunalpolitisch kleinteilig wird es erst danach: Wie soll das Projekt genau aussehen? Geht das überhaupt? Wer hat Einwände?

Doch dazu kommt es nie. Denn als der Beschluss bekannt wird, geht es schnell: Im Februar 2023 unterschreiben fast 800 Menschen eine Petition gegen den Solarpark. Es folgen der Streit im Dorfgemeinschaftshaus, ein Bürgerbegehren, mehr als 500 gültige Unterschriften dafür werden gezählt. Der Stadtrat weist das Begehren als unzulässig ab, das Landratsamt Bautzen aber gibt den Solarpark-Gegnern recht. Dagegen reicht die Stadt Klage ein – soweit der Stillstand der Sache.

Auf einer Oberlausitzer Höhe stehen Lydia Meißner und Hagen Gerstenberg im Winterwind. Von hier aus, vom Galgenberg, kann man den Hang bestens sehen, auf dem es den Solarpark geben soll: eine grüne Wiese, darauf das grasende Wild, von hier aus kleine braune Punkte. „Allein die Vorstellung, dass diese Sichtflanke mit Solaranlagen zugebaut würde, die Oberlausitz verschandelt, treibt einem den Schauer über den Rücken“, sagt Gerstenberg. Man wolle, dass die Stadt Wilthen prüfe, ob es nicht andere Orte dafür gebe, auf den Dächern der Stadt oder an der Autobahn zum Beispiel.

Ob es einen Bürgerentscheid gibt in Irgersdorf, darüber muss das Verwaltungsgericht in Dresden entscheiden. Dort liegt der Fall seit anderthalb Jahren – und eine Entscheidung ist nicht abzusehen.

In Irgersdorf scheint das beinahe egal zu sein, weil es längst um etwas anderes geht. Um Zeitungsanzeigen der Bürgerinitiative, in denen der Wilthener Bürgermeister sich angefeindet sieht, den Versuch einer Einschüchterung, Erpressung gar. Es geht um Beleidigungen im Dorf, darum, wer wen jetzt nicht mehr grüßt.

Was hätte man da anders machen müssen?

Hagen Gerstenberg von der Bürgerinitiative antwortet mit einer Frage: „Warum geht bei der Brisanz des Themas nicht mal eine Türe auf und da guckt der Bürgermeister rein und sagt: Ich will zu dem Thema heute sprechen?“ Gerstenberg und seine Mitstreiter fühlen sich bei der ganzen Sache nicht mitgenommen, nicht gut und zu spät informiert – ein Gefühl, das sie mit vielen anderen Bürgerinitiativen eint. Die Pläne für den Solarpark, sagt Lydia Meißner, seien schon weit vor dem Beschluss im Stadtrat beraten worden, „überwiegend in nicht-öffentlichen Sitzungen. Wir wollten dem Ganzen eine Öffentlichkeit geben, für mehr Transparenz sorgen.“ Sie hat sich nach der Sache mit dem Solarpark für die Partei Die Linke zur Kommunalwahl aufstellen lassen, sitzt inzwischen selbst im Stadtrat.

Und eigentlich könnte das doch das Beste sein, was einer Kommune passiert: Wenn sich jemand mehr einbringen will. Oder?

Wenn man Wilthens Bürgermeister Michael Herfort (CDU) um ein Gespräch zum Solarpark bittet, dann sagt er erst mal ab: Die Sache sei so weit weg für ihn, aktuell gebe es in der Gemeinde ganz andere Themen. Er beantwortet aber dann doch Fragen per E-Mail. Das Bürgerbegehren, schreibt er, sei fehlerhaft, deswegen müsse man dagegen vorgehen. Sein Punkt ist aber vor allem: Bei dem Solarpark handele es sich „nicht um ein kommunales Projekt, sondern um ein rein privates Projektvorhaben auf privatem Grund und Boden." Die Stadtverwaltung begleite den Prozess neutral, eine Position zum Park gebe es nicht, dürfe es gar nicht geben. Und damit, so klingt das: Gibt es auch keine Zuständigkeit der Stadt, den Irgersdorfer Streit zu moderieren.

Aber wäre das nicht besser gewesen? Den Dialog zu suchen, auch als Stadt? Schließlich ist es schon so: Eine Verwaltung muss nicht bei jedem Vorschlag eines Investors eine Bauplanung einleiten – sie muss das prüfen, kann sich aber auch dagegen entscheiden.

Aber selbst wenn in einem Ort über ein umstrittenes Vorhaben viel geredet wird, dann bringt das nicht automatisch Frieden. Wiedemar in Nordsachsen ist ein Beispiel dafür. Bevor die Bürger dort im September 2024 über eine mögliche Industriefläche abstimmten, hat die Gemeinde mit Unterstützung des Freistaats Sachsen alles aufgefahren, was es im Instrumentenkasten der sogenannten Akzeptanzkommunikation so gibt: eine Webseite, mehrere Gesprächsrunden mit Bürgern, sogar der Ministerpräsident kam. Am Ende stimmten die Wiedmarer gegen das Projekt – und, das vor allem: Manche im Ort fühlen sich bis heute vom Gemeinderat bei Entscheidungen zu der Sache verraten.

Man muss dazu wissen: Bürgerentscheide sind ein mächtiges Instrument. Es ist zwar – gerade in Sachsen – schwer, sie für sich zu entscheiden, genug Stimmen zu bekommen. Doch gelingt das, dann heben Bürgerentscheide oft Beschlüsse des Stadtrates auf – Beschlüsse eines demokratisch gewählten Gremiums.

Das fasst auch Wilthens Bürgermeister Herfort an. Per E-Mail schreibt er: Mit dem Bürgerbegehren gegen den Solarpark solle ein „bereits im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie getroffener Beschluss des Stadtrates kassiert werden“. Ihn umtreibt aber auch noch etwas anderes: „Besonders intensiv setzen sich Bürger vermehrt nur noch bei rein persönlicher Betroffenheit ein“, sagt er. Sie schöben andere Argumente vor, das öffentliche Interesse oder die Belange der Umwelt, aber: „Die Leute mit besonders wenig Wissen haben besonders viel Meinung.“

In der Umfrage von LVZ und SZ blicken die Kommunalpolitiker gemischt auf Bürgerbegehren: Knapp 40 Prozent der Befragten halten sie für konstruktiv in der Ratsarbeit, 19 Prozent für destruktiv und ein gutes Drittel antwortet: Beides treffe zu gleichen Teilen zu. Politikwissenschaftler Hendrik Träger, der an der Universität Leipzig auch zur Kommunalpolitik in Sachsen forscht, wundert diese Ambivalenz nicht. Einerseits seien Bürgerentscheide ein wichtiges direktdemokratisches Element. „Aber viele Forderungen lassen sich gar nicht eins zu eins umsetzen – etwa, weil sie gar nicht auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können oder dürfen“, sagt er.

Aber manchmal kann es auch so laufen wie in Kriebstein in Mittelsachsen. Dort stimmten die Menschen im Sommer 2024 in einem Bürgerentscheid gegen einen Solarpark. Die Bürgermeisterin selbst, eigentlich Unterstützerin des Projekts, hatte den Initiatoren geraten, ein Begehren einzureichen. Als es aus ihrer Sicht verloren ging, lobte sie: „Es ist immer gut, wenn Bürger sich einbringen.“ Und Kriebstein macht, anders als die Stadt Wilthen, weiter bei dem Thema: Die Gemeinde stellte inzwischen ein Energiekonzept vor – mit einer neuen Solarpark-Idee.

Und der Solarpark in Irgersdorf? „Das Projekt ist tot“, sagt Johannes Kühnel knapp, und einen Moment lang wischt das alles an einem vorbei: der Streit im Dorfgemeinschaftshaus, die Klage der Stadt, die Leute, die sich nicht mehr grüßen. Und wirklich, das Projekt ist tot? Ja, sagt Kühnel, zwischenzeitlich sei das Gesetz für erneuerbare Energien geändert worden, das Projekt für den Investor wirtschaftlich nicht mehr interessant. „Aber dieser nachbarschaftliche Streit“, sagt Kühnel, „schwelt nach wie vor im Dorf.“